

**NIEDERSCHRIFT
ZUR SITZUNG DES
RATES**

Sitzungs-Nr./Gremium/Wahlperiode: 14. Rat 2009-2014 Sitzungsdatum: 09.12.2010 Niederschrift
--

Übach-Palenberg, den 09.12.2010

Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Wolfgang Jungnitsch versammelte sich heute um 18:00 Uhr im großen Sitzungssaal des Rathauses der

Rat der Stadt Übach-Palenberg

um über folgende Tagesordnung zu beraten:

Tagesordnung

- A) **Öffentliche Sitzung**
1. Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzungen
 2. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates aus öffentlicher Sitzung
 - 2.1 Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 01.03.2010 aus öffentlicher Sitzung
 - 2.2 Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 25.03.2010 aus öffentlicher Sitzung
 3. Umbesetzung von Gremien in Unternehmen oder Einrichtungen nach Ausscheiden des Beigeordneten für Planen und Bauen
 4. Historische Verbindung der Stadt Übach-Palenberg mit der niederländischen Gemeinde Thorn
 26. Erweiterungen zur Tagesordnung
 - 26.1 Antrag der UWG-Fraktion gem. § 5 GeschO vom 25.11.2010 betr. Bürgerbeteiligung im Rahmen der Haushaltsaufstellungen und -beratungen ab 2011
 5. Änderung der Nutzungsordnung und der Entgeltordnung für das Schloss Zweibrüggen
 6. Neufassung der Gebührensatzung des Ü-Bades
 7. Neufassung der Satzung der Bücherei der Stadt Übach-Palenberg
 8. Sportplatzordnung für die Sportplätze und leichtathletischen Anlagen der Stadt Übach-Palenberg

9. Gebührenkalkulationen für die öffentlichen Einrichtungen Straßenreinigung, Stadtentwässerung, Abfallbeseitigung und Bestattungswesen für das Jahr 2011
10. 7. Änderungssatzung zur Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Friedhöfe im Gebiet der Stadt Übach-Palenberg
11. 5. Änderungssatzung zur Hundesteuersatzung der Stadt Übach-Palenberg
12. 12. Änderungssatzung der Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung der Stadt Übach-Palenberg
13. 1. Änderungssatzung zur Satzung über die Erhebung von Vergnügungssteuer in der Stadt Übach-Palenberg
14. Erlass einer "Satzung über die Festsetzung der Hebesätze für die Realsteuern in der Stadt Übach-Palenberg" -Hebesatzsatzung-
15. Änderung der Verwaltungsgebührensatzung der Stadt Übach-Palenberg
16. Beratung und Feststellung der Eröffnungsbilanz 2009 und Entlastung des Bürgermeisters
17. Errichtung, Unterhaltung und Benutzung der Unterkunft für Asylbewerber
18. Dichtheitsprüfung an privaten Abwasserleitungen gem. § 61a LWG
hier: Satzungsbeschluss
19. Bebauungsplan Nr. 86 - Saarstraße - 2. Änderung
hier: Erneuter Aufstellungsbeschluss und Anordnung der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung
20. Bebauungsplan Nr. 111 Kirchenweg II
hier: I. Aufstellungsbeschluss und Anordnung des Beteiligungsverfahrens
II. Anordnung einer Einwohnerversammlung
21. Bebauungsplan der Innenentwicklung im beschleunigten Verfahren gem. § 13 a BauGB Nr. 106 - St. Rochus -
hier: Abschluss der öffentlichen Auslegung und Satzungsbeschluss
22. Erschließungsvertrag mit der S-Bauland GmbH für den Bebauungsplan Nr. 106 - St. Rochus
23. Forstwirtschaftsplan 2011
24. Antrag auf Bezuschussung der Sanierung der St. Petrus Kapelle durch die Kath. Kirchengemeinde St. Petrus Übach-Palenberg
25. Prüfauftrag zur Übertragung des Hallen-Freibades der Stadt Übach-Palenberg auf eine Betreibergesellschaft
27. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters

28. Einwohnerfragestunde

B) Nichtöffentliche Sitzung

29. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 25.03.2010 aus nichtöffentlicher Sitzung

30. Beschluss über die zu ehrenden Bürger anlässlich des Bürgerempfangs 2011

31. Verpachtung der Räumlichkeiten für ein Fitnessstudio im Hallen-Freibad (Ü-Bad)

32. Feuerwehrgerätehaus Boscheln

33. Erweiterungen zur Tagesordnung

33.1 Verkauf von städtischen Grundstücken

34. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters

Es waren anwesend:

Stadtverordnete

Frau Brigitte Appelrath	B'90/Die Grünen
Frau Bärbel Bartel	SPD
Herr Franz Bergstein	UWG
Herr Wolfgang Bien	UWG
Herr Rudolf Burbaum	SPD
Herr Thomas Dieckmann	UWG
Herr Herbert Fibus	SPD
Herr Fred Fröschen	CDU
Herr Josef Fröschen	CDU
Herr Peter Fröschen	CDU
Frau Karin Fürkötter	SPD
Frau Silvia Gillen	CDU
Herr Herbert Görtz	CDU
Herr Gerhard Gudduschat	CDU
Herr Walter Junker	CDU
Frau Norma Kuhlmeier	SPD
Herr René Langa	CDU
Herr Herbert Mlaker	SPD
Herr Hans-Georg Overländer	SPD
Herr Rainer Reißmayer	B'90/Die Grünen
Herr Winand Ruland	CDU
Herr Hüseyin Salin	SPD
Herr Dieter Sarasa	UWG
Herr Wolfgang Schneider	SPD

bis 21.14 Uhr (gegangen während TOP 32)

Herr Jörg Ulrich	CDU
Herr Oliver Walther	CDU
Frau Corinna Weinhold	UWG
Herr Heiner Weißborn	SPD
Herr Hubert Wynands	CDU

Verwaltungsbedienstete

Herr Bürgermeister Wolfgang Jungnitsch
Herr Erster Stadtbeigeordneter Engelbert Piotrowski
Herr Dezernent Hans-Peter Gatzen
Herr Kämmerer Bernd Schmitz
Herr Stadtoberverwaltungsrat Heinz Waliczek
Herr Stadtoberamtsrat Franz Janssen
Herr Stadtamtmann Björn Beeck
Herr technischer Angestellter Manfred Gutt
Herr Stadtamtmann Herbert Jansen

Schriftführerin

Frau Stadtamtfrau Kerstin Schade

Abwesende

Herr Manfred J. Offermanns parteilos
Frau Eva Maria Piez SPD
Herr Dr. Frank Tuchtenhagen FDP

Bürgermeister Jungnitsch stellte die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit des Rates fest. Er begrüßte die Stadtverordneten, die Vertreter der Verwaltung, die Zuschauer und die Vertreter der Presse zur letzten Ratssitzung in diesem Jahr.

Bürgermeister Jungnitsch schlug vor, den Tagesordnungspunkt 26.1 "Antrag der UWG-Fraktion gem. § 5 GeschO vom 25.11.2010 betr. Bürgerbeteiligung im Rahmen der Haushaltsaufstellungen und -beratungen ab 2011" vorzuziehen und nach TOP 4 zu behandeln. Weiterhin schlug er vor, Tagesordnungspunkt 19 "Bebauungsplan Nr. 86 - Saarstraße - 2. Änderung hier: Erneuter Aufstellungsbeschluss und Anordnung der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung" von der Tagesordnung abzusetzen, da dies so auch in der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Infrastruktur und Marketing und in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses beschlossen worden sei. Außerdem bat er, die Tagesordnung im nichtöffentlichen Teil um den Punkt "Verkauf von städtischen Grundstücken" zu erweitern, da dieser Tagesordnungspunkt in der letzten Haupt- und Finanzausschusssitzung zur Beschlussfassung an den Rat verwiesen worden sei.

Beschluss:

- 1. Der Tagesordnungspunkt 26.1 "Antrag der UWG-Fraktion gem. § 5 GeschO vom 25.11.2010 betr. Bürgerbeteiligung im Rahmen der Haushaltsaufstellungen und -beratungen ab 2011" wird vorgezogen und nach TOP 4 behandelt.**

2. Der Tagesordnungspunkt 19 "Bebauungsplan Nr. 86 - Saarstraße - 2. Änderung hier: Erneuter Aufstellungsbeschluss und Anordnung der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung" wird von der Tagesordnung abgesetzt.
3. Die Tagesordnung wird im nichtöffentlichen Teil um den Punkt "Verkauf von städtischen Grundstücken" erweitert.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, dass die SPD-Fraktion am Ende der öffentlichen Sitzung 4 Anfragen an die Verwaltung richten wolle.

Stadtverordnete **Appelrath** erklärte, dass die Fraktion B90/DIE GRÜNEN am Ende der öffentlichen Sitzung eine Anfrage an die Verwaltung richten wolle.

A) Öffentliche Sitzung

1. Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzungen

Beschluss:

Die Niederschriften der Sitzungen des Rates vom 04.11.2010 werden genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

2. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates aus öffentlicher Sitzung

2.1 Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 01.03.2010 aus öffentlicher Sitzung

Der Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 01.03.2010 aus öffentlicher Sitzung wurde ohne Fragen und ohne Widerspruch zur Kenntnis genommen.

2.2 Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 25.03.2010 aus öffentlicher Sitzung

Der Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 25.03.2010 aus öffentlicher Sitzung wurde ohne Fragen und ohne Widerspruch zur Kenntnis genommen.

3. **Umbesetzung von Gremien in Unternehmen oder Einrichtungen nach Ausscheiden des Beigeordneten für Planen und Bauen**

Beschluss:

1. Für den ehemaligen Beigeordneten Volker Schlüter wird als Stellvertreter des Vertreters der Stadt Übach-Palenberg in der Gesellschafterversammlung der Kreiswerke Heinsberg GmbH bestellt:

Herr Stadtoberverwaltungsrat Hans-Peter Gatzen

2. Für den ehemaligen Beigeordneten Volker Schlüter wird als Vertreter der Verwaltung in den Lenkungskreis des Stadtmarketing Übach-Palenberg bestellt:

Herr Stadtverwaltungsrat Helmut Mainz

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

4. **Historische Verbindung der Stadt Übach-Palenberg mit der niederländischen Gemeinde Thorn**

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, in welcher Form die historische Verbindung der Stadt Übach-Palenberg zur niederländischen Gemeinde Thorn Ausdruck finden kann.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

26. **Erweiterungen zur Tagesordnung**

26.1 **Antrag der UWG-Fraktion gem. § 5 GeschO vom 25.11.2010 betr. Bürgerbeteiligung im Rahmen der Haushaltsaufstellungen und -beratungen ab 2011**

Stadtverordneter **Dieckmann** erklärte, dass neben der im Antrag genannten Stadt die Bürgerbeteiligung auch noch in anderen Städten durchgeführt werde, zuletzt in Gütersloh.

Er wolle klarstellen, dass der Antrag darauf abziele, die Bürgerbeteiligung dauerhaft einzuführen. 2011 sei bereits mit aufgeführt worden, weil man in diesem Jahr mit der Beteiligung beginnen wolle, auch wenn es für die kon-

krete Haushaltsaufstellung für 2011 zu spät sei.

Bürgermeister Jungnitsch äußerte sich zu dem Antrag wie folgt:

„Ich bin sehr für diesen Antrag, weil er meiner Zielsetzung der stärkeren Bürgerbeteiligung sehr entgegenkommt.

Jedoch ist der Zeitraum bis zur Einbringung des Haushaltes am 3. Februar viel zu kurz um seriös mögliche Vorschläge von Bürgern einzuarbeiten bzw. ein vernünftiges organisatorisches Szenario aufzubauen,

weil

- im Mai jeden Jahres die Planung für einen neuen Haushalt startet
- wir jetzt unter dem Damoklesschwert der drohenden Überschuldung besondere Rahmenbedingungen zu beachten haben
- der „Einsendeschluss“ für die Entscheidungen über die von der Verwaltung in den letzten Monaten erarbeiteten Sparvorschläge zur Umsetzung in den Haushalt der 10. Januar ist; diese Sparvorschläge liegen den Fraktionen bereits seit Wochen vor
- es nichts bringt, jetzt den Bürger „heiß“ zu machen und hinterher mögliche Vorschläge nicht seriös einarbeiten zu können.

Von daher schlage ich folgende Vorgehensweise vor:

- Für die Haushaltsplanung 2012 wird eine Einwohnerinformationsveranstaltung im März/April 2011 unter Darlegung der Systematik des NKF und der Rahmenbedingungen, unter denen wir jetzt im Finanzbereich arbeiten müssen, erfolgen. Auf dieser Versammlung wird auch die Systematik der Bürgerbeteiligung erläutert.
- Bis dahin wird z.B. auch eine Internetplattform angeboten werden, wo vordefinierte Themen behandelt werden können aber auch „freie“ Ideen platziert werden können.
- Im Herbst 2011 wird eine weitere Einwohnerversammlung stattfinden, wo über die Ergebnisse der Bürgervorschläge mit deren Wirkung berichtet werden soll."

Bürgermeister Jungnitsch warnte allerdings vor übertriebenen Hoffnungen, da der maximale Rahmen der freiwilligen Leistungen bei etwas über 2 Millionen Euro liege.

Er stellte klar, dass die Verantwortung auch weiterhin bei den gewählten Vertretern sei und bleibe. Die Bürgerbeteiligung dürfe keine Delegation oder Abgabe von Verantwortung an den Bürger in schwierigen Zeiten und/oder zu schwierigen Themen bedeuten, weil gerade in solchen Situationen der Bürgermeister und der Rat gefordert und gefragt seien und auch insbesondere zu Entscheidungen kommen müsse. Dies schließe aber einer Ideenbörse auf breiter Basis durch den Bürger ausdrücklich nicht aus.

Stadtverordneter **Gudduschat** erklärte, die CDU-Fraktion unterstütze den Antrag der UWG-Fraktion. Nach den Erläuterungen des Bürgermeisters sei jedoch nachvollziehbar, dass dies für den Haushalt 2011 zeitlich nicht mög-

lich sei.

Stadtverordneter **Rißmayer** erklärte, auch die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen unterstützen den Antrag grundsätzlich. Jedoch sei der Begriff "Bürgerhaushalt" klar definiert. Es sei mit dem Antrag jedoch nicht klar gesagt worden, ob man hiermit einen Bürgerhaushalt ab 2012 beschließe. Wolle man nun etwas eigenes entwickeln oder einen Bürgerhaushalt mit den damit definierten Verfahrensweisen beschließen?

Bürgermeister Jungnitsch verwies auf den von ihm gemachten Verfahrensvorschlag und betonte noch einmal, dass seiner Meinung nach die Bürgerbeteiligung nicht zur Abgabe von Verantwortlichkeiten an den Bürger bedeuten dürfe.

Stadtverordneter **Dieckmann** erklärte, es gehe darum, den Bürger bei der Entwicklung des Haushaltes teilnehmen zu lassen. Er hoffe somit auf eine hohe Akzeptanz bei den Bürgern. Wie man eine Bürgerbeteiligung konkret umsetze, wolle er dem Bürgermeister jedoch nicht vorschreiben. Es sei deswegen umso erfreulicher, dass der Bürgermeister bereits einen so ausführlichen Vorschlag unterbreitet habe. Diesen Vorschlag halte er auch für sehr gut.

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, er halte eine Bürgerbeteiligung für sehr gut. Im Antrag stehe 2011, jetzt sei jedoch mehrfach gesagt worden, dass eine Beteiligung für den Haushalt 2011 nicht mehr möglich sei. In Solingen habe man aber in kurzer Zeit eine Befragung der Bevölkerung durchgeführt. Sollte man sich heute für eine Bürgerbeteiligung entscheiden, dann solle man diese Entscheidung ernst nehmen und alle Tagesordnungspunkte, die Steuern und Entgelte zum Inhalt haben, heute zurückstellen und eine Bürgerbefragung vorziehen. Ansonsten werde sich die SPD-Fraktion heute bei diesen Tagesordnungspunkten enthalten.

Stadtverordnete **Weinhold** erklärte, die UWG habe den Antrag gestellt und sie halte den Vorschlag, mit dem Verfahren der Beteiligung Anfang des Jahres, unabhängig von der Haushaltsaufstellung 2011, zu beginnen für vernünftig. Sie halte es nicht für seriös, dass die SPD-Fraktion jetzt diesen Druck ausübe.

Stadtverordneter **Dieckmann** erklärte, er sei verwundert, dass die SPD bisher nie die Bürgerbeteiligung angedacht habe und nun heute Druck ausüben wolle. Durch die Bürgerbeteiligung stehle man sich nicht aus der Verantwortung. Die Entscheidung liege weiterhin beim Rat. Somit könne man über den ersten und schmerzhaften Schritt der Erhöhungen auch heute entscheiden.

Stadtverordneter **Weißborn** fragte, warum es nicht möglich sein solle, zunächst die Bürger zu befragen und über die Tagesordnungspunkte dann im Februar zu entscheiden.

Stadtverordneter **Gudduschat** erklärte, sollte die SPD-Fraktion sich, wie angekündigt, heute bei den o. g. Tagesordnungspunkten enthalten, dann entziehe sie sich ihrer Verantwortung. In der Koalition habe man über alles bera-

ten und er sei der Überzeugung, dass heute über diese Tagesordnungspunkte beschlossen werden müsse, da die Zeit dränge.

Stadtverordneter **Rißmayer** erklärte, er wolle nochmals sagen, dass er den Antrag der UWG grundsätzlich gut finde. Und man habe seiner Meinung nach jetzt noch die Möglichkeit, die Bürger zu befragen. Es gebe viele vorgefertigte Pläne für die Durchführung einer Bürgerbeteiligung, so dass dies kurzfristig möglich sei. Man verliere nichts, wenn man heute über die o. g. Tagesordnungspunkte nicht beschließe.

Stadtverordneter **Weißborn** schloss sich der Meinung an, dass man nichts verliere, wenn man heute keine Entscheidung über die o. g. Tagesordnungspunkte treffe. Die SPD-Fraktion habe sich intensiv mit allen Tagesordnungspunkten auseinandergesetzt und hierzu auch Entscheidungen getroffen. In den allermeisten Fällen habe man den vorgelegten Beschlussvorschlägen auch zustimmen wollen. Dann jedoch kam der Antrag der UWG, den man nun ernst nehmen wolle.

Stadtverordneter **Rißmayer** bat um die Erweiterung des Antrages der UWG um die Formulierung "Die Stadt Übach-Palenberg strebt ab 2011 einen Bürgerhaushalt an." Er erklärte, dass er dies unabhängig von den Haushaltsberatungen 2011 meine. Ihm gehe es darum, dass bestehende Vorgehensweisen im Zusammenhang mit dem Begriff "Bürgerhaushalt" umgesetzt werden und kein eigenes Verfahren bei der Bürgerbeteiligung gewählt werde.

Bürgermeister Jungnitsch lies zunächst über diese Erweiterung des Antrages abstimmen:

Beschluss:

Die Stadt Übach-Palenberg strebt ab 2011 einen Bürgerhaushalt an.

Abstimmungsergebnis:

12 Ja-Stimmen

18 Nein-Stimmen

Beschluss:

Der Rat der Stadt beauftragt die Verwaltung, im Vorfeld der zukünftigen Haushaltsberatungen die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Übach-Palenberg auf einer breiten Basis an den Überlegungen zur Ausgabenreduzierung und Einnahmenerhöhung zu beteiligen, ihre Anregungen und Wünsche abzufragen, zu bewerten und nach Möglichkeit in die Planungen einzubeziehen.

Abstimmungsergebnis:

18 Ja-Stimmen

12 Nein-Stimmen

5. Änderung der Nutzungsordnung und der Entgeltordnung für das Schloss Zweibrücken

Stadtverordnete **Bartel** erklärte, § 3 Absatz 3 Buchstabe a bis d der Nutzungsordnung sei geändert worden und fragte, was mit Buchstabe e bis j sei. Entfallen diese ersatzlos?

Dezernent **Gatzen** bestätigte dies.

Stadtverordnete **Bartel** erklärte, wenn Buchstabe j entfalle, sei dies ihrer Meinung nicht korrekt, da dann die Übach-Palenberger Bürger die Last zu tragen hätten.

Weiterhin fragte Stadtverordnete **Bartel**, ob die Änderungen mit der Landesförderung vereinbar seien.

Dezernent **Gatzen** antwortete, die Änderungen entsprechen dem Förderzweck.

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, vom ehemaligen CDU-Fraktionsvorsitzenden sei damals die Frage gestellt worden, ob es zulässig sei, für private Nutzungen zu vermieten. Die Fördergelder seien für die Förderung von Kultur und Bildung bewilligt worden.

Dezernent **Gatzen** antwortete, dass man vor Jahren mit dem Ministerium Kontakt gehabt habe. Hierbei sei der Stadt angeraten worden, das Schloss in vernünftiger Weise zu nutzen. Alles was vernünftig sei, sollte auch umgesetzt werden.

Stadtverordneter **Gudduschat** erklärte, bisher habe man das Schloss auch für private Zwecke genutzt. Er könne nicht verstehen, warum man dies jetzt diskutieren müsse.

Stadtverordnete **Bartel** fragte, warum Übach-Palenberger und Auswärtige gleich behandelt werden sollen.

Dezernent **Gatzen** antwortete, dass er für diese Gleichbehandlung sei.

Stadtverordnete **Bartel** entgegnete, sie empfinde dies als ungerecht, da die Übach-Palenberger die Steuerlast tragen.

Stadtverordneter **Rißmayer** erklärte, dass damals aus den Reihen der CDU die private Nutzung und die Vereinbarung mit den Fördermitteln diskutiert worden sei. Da sei es doch legitim, jetzt, da das Thema private Nutzung neu besprochen werde, auch diese Problematik noch einmal aufzugreifen.

Bürgermeister Jungnitsch erklärte, bei den bisherigen Problematiken in Bezug auf Fördergelder sei es immer darum gegangen, welchen Zweck man überwiegend verfolge. Nur dann, wenn etwas überwiegend nicht mehr dem Förderzweck entspreche, sei es förderschädlich.

Stadtverordneter **Weißborn** entgegnete, damit sei die Frage nicht vollständig

beantwortet worden.

Es wurde sich darauf geeinigt, dass der Beschlussempfehlung in Bezug auf die private Nutzung vorbehaltlich der Förderunschädlichkeit gefolgt werde.

Beschluss:

1. Nutzungsordnung für das Schloss Zweibrücken

Die Nutzungsordnung für die Nutzung des Schlosses Zweibrücken wird ab 01.01.2011 wie folgt geändert:

§ 3 Abs. 3 erhält folgende Fassung:

Das Schloss steht für private Nutzungen und für Firmenveranstaltungen zur Verfügung.

(3) a) entfällt.

(3) b) Die private Nutzung bezieht sich nur auf den Barocksaal, die Halle und die Küche.

(3) c) Die Vermietung erfolgt mit Rücksichtnahme auf die Mieter des Schlosses, auf Trauungen und auf andere Veranstaltungen unter bestimmten organisatorischen und zeitlichen Bestimmungen.

(3) d) Art und Dauer der Nutzung sind mit der Verwaltung genau abzustimmen.

2. Entgeltordnung für das Schloss Zweibrücken

Die Entgeltordnung für die Nutzung des Schlosses Zweibrücken wird ab 01.01.2011 wie folgt geändert:

§ 3 (1)

a) Eingangshalle	125,00 €
b) Rundzimmer	50,00 €
c) Barocksaal	125,00 €

§ 3 (2)

Für die Nutzung des Barocksaals für einen Umtrunk nach der standesamtlichen Trauung für eine Stunde wird ein Entgelt in Höhe von 125,00 € erhoben. Außerhalb der regulären Dienstzeiten der Stadtverwaltung beträgt das Entgelt 150,00 €

§ 3 (4)

Für private Veranstaltungen, z. B. Geburtstage, Hochzeiten usw. wird

ein Nutzungsentgelt in Höhe von 500,00 € festgesetzt.

Außerdem ist eine Kautions in Höhe von 250,00 € zu zahlen.

Abstimmungsergebnis:

zu 1:

18 Ja-Stimmen

12 Nein-Stimmen

zu 2:

Einstimmig

6. Neufassung der Gebührensatzung des Ü-Bades

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, er habe vorhin gesagt, dass er sich bei den Tagesordnungspunkten betreffend Gebührenerhöhungen heute enthalten wolle. Er wolle aber sagen, dass er allerdings bei diesem Tagesordnungspunkt eigentlich dagegen stimmen würde, da dies die teuersten Benutzungsgebühren der gesamten Umgebung seien. Er sehe das Problem der Abwanderung. Boscheln fahre demnächst wahrscheinlich nach Baesweiler.

Stadtverordneter **Gudduschat** erklärte, er werde der Beschlussempfehlung zustimmen. Er sei überzeugt, dass man den Bürgern mit diesem Hallen-Freibad etwas Tolles zur Verfügung stelle, das auf dem neusten Stand sei. Für diese Qualität sei eine solche Erhöhung vertretbar. Er wisse, dass man hier an die Grenze komme, aber man müsse dies auch in Anbetracht der Haushaltssituation sehen. Die Abwanderung sei reine Spekulation. Die Erhöhung sei nun einmal erforderlich. Dafür bekomme man auch etwas geboten.

Stadtverordneter **Rißmayer** erklärte, es sei richtig, dass eine Erhöhung diskutiert werden müsse. Wenn aber die CDU sage, die Abwanderung sei Kaffeesatzlesen, sei es dies ebenfalls, wenn man behaupte, dass alle diese Erhöhung tragen werden. Hierzu hätte er gerne die Bürger befragt.

Erster Stadtbeigeordneter **Piotrowski** erklärte, man habe bei anderen Städten angefragt. Überall werde derzeit über Erhöhungen beraten.

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, in der Sitzungsvorlage werde konkret von finanziellen Auswirkungen gesprochen. Er sei der Meinung, dies könne man so nicht machen, da man hierbei davon ausgehe, dass die Besucherzahlen exakt gleich bleiben.

Damals habe man sich für eine Familienverträglichkeit und eine Sozialverträglichkeit entschieden. Letzteres sei nun nicht mehr gegeben.

Erster Stadtbeigeordneter **Piotrowski** sagte, es werde der Eindruck erweckt, dass es sich hierbei überall um eine 50 %-Erhöhung handele. Dies sei nicht der Fall. Die Sonntagsfamilienkarte zum Beispiel werde um 17 % angehoben. Die höchste Erhöhung gebe es bei der Einzelkarte. Mit dem jetzt ange-

hobenen Einzelkartenpreis käme man auf den jetzt schon in Gangel geltenden Eintrittspreis für eine Einzelkarte.

In Bezug auf die finanziellen Auswirkungen sei es nun mal so, dass, wenn etwas nicht konkret gezählt, gemessen oder gewogen werden könne, geschätzt werden müsse. Vielleicht werden es tatsächlich weniger Besucher sein, vielleicht aber auch mehr. Dies bleibe abzuwarten. Eine konkrete Bewertung sei erst nach der Erfahrung möglich.

Stadtverordneter **Weißborn** entgegnete, bei der Erwachsenen-einzelkarte gebe es eine Erhöhung um 43%, bei der Zehnerkarte 50 %, bei der Aquafitness 50 % und beim Kindergeburtstag ebenfalls 50 %. Lediglich die Familienspaßkarte sei unverändert. Diese Zahlen seien in seinen Augen nicht sozialverträglich.

Stadtverordneter **Josef Fröschen** erklärte, Stadtverordneter Weißborn habe eben von der Abwanderung in die umliegenden Bäder gesprochen. Er sei kürzlich einmal in Alsdorf gewesen. Realistisch müsse man für einen dortigen Besuch auch die Buskosten und den Aufwand mit betrachten. Außerdem sei das Bad dort lange nicht so attraktiv wie das Ü-Bad. Das Ü-Bad sei sehr attraktiv mit vielen Angeboten. Dies müsse man im Vergleich auch mit berücksichtigen.

Stadtverordnete **Weinhold** erklärte, sie werde der Beschlussempfehlung zustimmen. Sie wolle noch einmal in Erinnerung rufen, dass es ein Defizit von 1,4 Mio. Euro im Jahr gebe. Dies müsse man sich vor Augen halten. Es gehe hier ja nicht um den Spaß an einer Erhöhung.

Stadtverordneter **Rißmayer** entgegnete, die Haushaltssituation sei im wohl bewusst. Aber müsse man denn so drastisch erhöhen und riskieren, dass Besucher wegbleiben? Wichtig wäre zu diskutieren, was man alles habe und wie man dies in Rechnung stelle. Immerhin gebe es auch Leute, die einfach nur schwimmen wollen und eben nicht die ganzen Attraktionen benötigen.

Erster Stadtbeigeordneter **Piotrowski** erklärte, er habe ja bereits gesagt, dass auch die anderen Bäder in der Umgebung mit Preiserhöhungen nachziehen werden. Und das Ü-Bad sei das beste Bad, das es in der Umgebung gebe. Wenn man woanders hinfahren wolle, müsse man auch noch die Fahrkosten mit berücksichtigen.

Bürgermeister Jungnitsch erklärte, er wolle noch einmal alle an die derzeitige desolante Haushaltssituation erinnern. Wenn Rat und Verwaltung nicht ein Zeichen setzen, dann könne die Bezirksregierung auch anders. Dies müsse man sich vor Augen halten.

Beschluss:

Der vorliegende Entwurf der Gebührensatzung des Ü-Bades wird beschlossen (der Entwurf ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

Abstimmungsergebnis:

17 Ja-Stimmen
3 Nein-Stimmen
10 Enthaltungen

7. **Neufassung der Satzung der Bücherei der Stadt Übach-Palenberg**

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, seiner Meinung nach könne man auf die Familienkarte verzichten, die Erwachsenenkarte auf 15 € erhöhen und dafür für die Kinder- und Jugendkarte nur 2 € erheben.

Stadtverordneter **Gudduschat** erklärte, die CDU-Fraktion werde dem vorgelegten Entwurf zustimmen. Dieser sei auch mit dem Leiter der Bücherei abgestimmt worden. Natürlich bedeute ein solcher Einstieg zur Verringerung des Haushaltsdefizits Mut. Er sei jedoch der Überzeugung, dass der vorliegende Vorschlag der richtige Einstieg sei.

Stadtverordnete **Weinhold** erklärte, auch die UWG-Fraktion werde dem vorliegenden Entwurf zustimmen. Immerhin spreche man auch bei der Kinder- und Jugendkarte lediglich von einem Betrag in Höhe von 50 Cent pro Monat.

Beschluss:

Der vorliegende Entwurf der Satzung der Bücherei der Stadt Übach-Palenberg wird beschlossen (der Entwurf ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei 12 Enthaltungen

8. **Sportplatzordnung für die Sportplätze und leichtathletischen Anlagen der Stadt Übach-Palenberg**

Beschluss:

Der vorliegende Entwurf einer Sportplatzordnung für die Sportplätze und leichtathletischen Anlagen der Stadt Übach-Palenberg wird beschlossen (der Entwurf ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

9. Gebührenkalkulationen für die öffentlichen Einrichtungen Straßenreinigung, Stadtentwässerung, Abfallbeseitigung und Bestattungswesen für das Jahr 2011

Stadtverordneter **Gudduschat** erklärte, die CDU-Fraktion werde in Abstimmung mit der Koalition der Beschlussempfehlung zustimmen. Die Gebührenerlöse müssen ausgeglichen sein, somit habe man hier sowieso nicht viel Spielraum bei den Entscheidungen. Umso erfreulicher sei es, dass nur bei einer Position eine Gebührenerhöhung notwendig sei.

Stadtverordneter **Junker** erklärte, er habe eine Frage zu den Entsorgungskosten der Containerstellplätze auf Seite 6 der Gebührenkalkulation für die Abfallbeseitigung. Sei es richtig, dass die AWO für die Kleidercontainer verantwortlich sei.

Stadtamtmann **Jansen** antwortete, es bestehe eine Vereinbarung mit der AWO, dass sie Kleidercontainer auf den allgemeinen Containerstellplätzen aufstellen könne. Teil dieser Vereinbarung sei es, dass die AWO als Gegenleistung für die mietfreie Überlassung der Stellplätze sich bereit erklärt habe, die Stellplätze kostenfrei so auszubauen bzw. die vorhandene Einfriedung so zu erweitern, dass sich die Kleidercontainer innerhalb der Palisadenumzäunung befinden.

Beschluss:

Die Gebührenkalkulationen der Stadt Übach-Palenberg für die öffentlichen Einrichtungen

- a) Straßenreinigung,
- b) Stadtentwässerung,
- c) Abfallbeseitigung,
- d) Bestattungswesen

werden zustimmend zur Kenntnis genommen (die Gebührenkalkulationen sind Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

10. 7. Änderungssatzung zur Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Friedhöfe im Gebiet der Stadt Übach-Palenberg

Beschluss:

Die als Anlage beigefügte Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Friedhöfe im Gebiet der Stadt Übach-Palenberg (Friedhofsgebührensatzung) wird auf Grundlage der durch die Kämmererei erstellten Gebührenbedarfsberechnung beschlossen (die Satzung

ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

11. 5. Änderungssatzung zur Hundesteuersatzung der Stadt Übach-Palenberg
-

Beschluss:

Die als Anlage beigefügte 5. Änderungssatzung zur Hundesteuersatzung der Stadt Übach-Palenberg wird beschlossen (die Anlage ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei 11 Enthaltungen

12. 12. Änderungssatzung der Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung der Stadt Übach-Palenberg
-

Beschluss:

Die als Anlage beigefügte 12. Änderungssatzung der Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung der Stadt Übach-Palenberg wird beschlossen (die Anlage ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

13. 1. Änderungssatzung zur Satzung über die Erhebung von Vergnügungssteuer in der Stadt Übach-Palenberg
-

Beschluss:

Die als Anlage beigefügte 1. Änderungssatzung zur Satzung über die Erhebung von Vergnügungssteuer in der Stadt Übach-Palenberg wird beschlossen (die Anlage ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei 9 Enthaltungen

14. Erlass einer "Satzung über die Festsetzung der Hebesätze für die Realsteuern in der Stadt Übach-Palenberg" -Hebesatzsatzung-

Beschluss:

Die als Anlage beigefügte Satzung wird beschlossen (die Anlage ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei 11 Enthaltungen

15. Änderung der Verwaltungsgebührensatzung der Stadt Übach-Palenberg

Beschluss:

Die Neufassung der Verwaltungsgebührensatzung der Stadt Übach-Palenberg einschließlich der Gebührentarife wird beschlossen (die Neufassung ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei 12 Enthaltungen

16. Beratung und Feststellung der Eröffnungsbilanz 2009 und Entlastung des Bürgermeisters

Erster Stadtbeigeordneter **Piotrowski** erklärte, dass sowohl im Rechnungsprüfungsausschuss als auch im Haupt- und Finanzausschuss der Beschlussempfehlung einstimmig gefolgt worden sei.

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Übach-Palenberg nimmt das Ergebnis der Prüfung der Eröffnungsbilanz der Stadt Übach-Palenberg zum 1.1.2009 durch den Rechnungsprüfungsausschuss und die örtliche Rechnungsprüfung zur Kenntnis.
2. Der Rat der Stadt Übach-Palenberg nimmt das Ergebnis der überörtlichen Prüfung der Eröffnungsbilanz der Stadt Übach-Palenberg zum 1.1.2009 durch die Gemeindeprüfungsanstalt (GPA) einschließlich der Bewertung durch den Rechnungsprüfungsausschuss zur Kenntnis.
3. Der Rat der Stadt Übach-Palenberg beschließt gem. § 92 Abs. 1 i.V.

m. § 96 Abs. 1 GO NRW die Feststellung der Eröffnungsbilanz der Stadt Übach-Palenberg zum 01.01.2009.

4. Der Rat der Stadt Übach-Palenberg beschließt gem. § 92 Abs. 1 i.V. m. § 96 Abs. 1 GO NRW die Entlastung des Bürgermeisters bezüglich der Aufstellung der Eröffnungsbilanz der Stadt Übach-Palenberg zum 01.01.2009

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

Bürgermeister Jungnitsch beteiligte sich nicht an der Abstimmung zu Nr. 4, da er hierzu aufgrund § 40 Absatz 2 Satz 6 GO NRW kein Stimmrecht besitzt.

17. **Errichtung, Unterhaltung und Benutzung der Unterkunft für Asylbewerber**
-

Beschluss:

1. Das Übergangsheim für Aussiedler „Südring 78 a/b“ wird mit Wirkung vom 1.01.2011 zu einem Übergangsheim für Asylbewerber umgewidmet.
2. Die der Sitzungsvorlage beigefügte Satzung über die Errichtung, Unterhaltung und Benutzung der Unterkunft für Asylbewerber (Übergangsheim) wird beschlossen (die Satzung ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

18. **Dichtheitsprüfung an privaten Abwasserleitungen gem. § 61a LWG hier: Satzungsbeschluss**
-

Bürgermeister Jungnitsch teilte mit, dass in der Haupt- und Finanzausschusssitzung die vorgelegte Beschlussempfehlung mit zwei Ergänzungen beschlossen worden sei und verlas die geänderte Beschlussempfehlung:

"Der anliegende Satzungsentwurf sowie das zugehörige Straßenverzeichnis werden mit folgender Änderung als Satzung beschlossen:

In § 3 Abs. 5 Nr. 3 erster Spiegelstrich wird die Anmerkung, die in Klammern gesetzt ist, gestrichen.

In die Ausschreibungsunterlagen soll aufgenommen werden, dass optional die Untersuchungen nicht nur bis zur Grundstücksgrenze, sondern auch zwischen Grundstücksgrenze und Haus auf den Privatgrundstücken durchgeführt werden."

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, in Bezug auf die Ausschreibungsunterlagen sei die Formulierung nicht ganz korrekt. Die Untersuchung solle optional bis ins Haus, also den kompletten privaten Anteil betreffend, möglich sein.

Er habe sich hier bereits kundig gemacht: in anderen Städten habe dies zu Vergünstigungen geführt.

Stadtverordneter **Gudduschat** erklärte, die CDU-Fraktion könne der Änderung so zustimmen.

Beschluss:

Der anliegende Satzungsentwurf sowie das zugehörige Straßenverzeichnis werden mit folgender Änderung als Satzung beschlossen (der Satzungsentwurf ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urchriftensammlung enthalten):

In § 3 Abs. 5 Nr. 3 erster Spiegelstrich wird die Anmerkung, die in Klammern gesetzt ist, gestrichen.

In die Ausschreibungsunterlagen soll aufgenommen werden, dass optional die Untersuchungen nicht nur bis zur Grundstücksgrenze, sondern auch zwischen Grundstücksgrenze bis ins Haus auf den Privatgrundstücken durchgeführt werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

- 19. Bebauungsplan Nr. 86 - Saarstraße - 2. Änderung
hier: Erneuter Aufstellungsbeschluss und Anordnung der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung**
-

Der Tagesordnungspunkt wurde zu Beginn der Sitzung abgesetzt.

- 20. Bebauungsplan Nr. 111 Kirchenweg II
hier: I. Aufstellungsbeschluss und Anordnung des Beteiligungsverfahrens
II. Anordnung einer Einwohnerversammlung**
-

Stadtverordnete **Bartel** erklärte, sie müsse ihre Aussage aus der letzten Haupt- und Finanzausschusssitzung korrigieren. Sie habe gesagt, dass damals bereits Überlegungen bezüglich des Straßennamens geführt worden

seien. Tatsächlich gebe es aber hierzu aus dem Jahr 2008 einen Beschluss. Auch die Aussage der Stadtverordneten Gillen müsse sie korrigieren. Es galt nicht für den Bauabschnitt I, sondern für den Bauabschnitt II.

Beschluss:

I. Aufstellungsbeschluss und Anordnung des Beteiligungsverfahrens

1. Für den im Übersichtsplan dargestellten Bereich wird gem. § 2 Abs. 1 BauGB der Bebauungsplan 111 – Kirchenweg II – aufgestellt.
2. Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit wird gem. § 3 Abs. 1 BauGB in Form einer Einwohnerversammlung und anschließender Planauslage von zwei Wochen mit Gelegenheit zur Äußerung und zur Erörterung der Planung durchgeführt.
3. Die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wird gem. § 4 Abs. 1 BauGB durchgeführt.

II. Anordnung einer Einwohnerversammlung

Die geplante frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit in Form einer zweiwöchigen Auslegung des Planentwurfes wird durch eine Einwohnerversammlung ergänzt.

Folgende Stadtverordnete nehmen an der Einwohnerversammlung teil:

Für die Fraktion der SPD:	Stadtverordneter Weißborn und Stadtverordnete Bartel
Für die Fraktion der CDU:	Stadtverordneter Gudduschat und Stadtverordnete Gillen
Für die Fraktion der UWG:	Stadtverordneter Bien
Für die Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN:	Stadtverordnete Appelrath

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

21. **Bebauungsplan der Innenentwicklung im beschleunigten Verfahren gem. § 13 a BauGB Nr. 106 - St. Rochus - hier: Abschluss der öffentlichen Auslegung und Satzungsbeschluss**
-

Beschluss:

1. Es wird festgestellt, dass im Rahmen der öffentlichen Auslegung gem. § 13 a Abs. 2 Satz 1 BauGB weder von Seiten der Öffentlichkeit noch von den Behörden und den sonstigen Trägern öffentlicher Be-

lange Stellungnahmen vorgebracht wurden.

2. Der Bebauungsplan der Innenentwicklung im beschleunigten Verfahren gem. § 13 a BauGB Nr. 106 - St. Rochus - wird gem. § 10 BauGB als Satzung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

22. Erschließungsvertrag mit der S-Bauland GmbH für den Bebauungsplan Nr. 106 - St. Rochus
-

Beschluss:

Dem als Anlage beigefügten geänderten Städtebaulichen Vertrag und Erschließungsvertrag zwischen der Stadt Übach-Palenberg und der S-Bauland GmbH wird zugestimmt (die Anlagen sind Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

23. Forstwirtschaftsplan 2011
-

Dezernent **Gatzen** erklärte, man könne den Forstwirtschaftsplan wie vorliegend durchführen. Er sei der Kommunalaufsicht vorgelegt worden und diese habe mitgeteilt, dass es sich hierbei um eine reine Pflichtaufgabe handele.

Beschluss:

Der Forstwirtschaftsplan 2011 wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

24. Antrag auf Bezuschussung der Sanierung der St. Petrus Kapelle durch die Kath. Kirchengemeinde St. Petrus Übach-Palenberg
-

Beschluss:

Dem Antrag der Kath. Kirchengemeinde St. Petrus Übach-Palenberg kann z. Zt. nicht entsprochen werden.

Die entsprechenden Haushaltsmittel stehen nicht zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

25. Prüfauftrag zur Übertragung des Hallen-Freibades der Stadt Übach-Palenberg auf eine Betreibergesellschaft

Erster Stadtbeigeordneter **Piotrowski** erklärte, zu dem Prüfauftrag vom 01.07.2010 sei die den Stadtverordneten zugegangene und vorliegende Berichtsvorlage gefertigt worden, der 3 Anlagen beigefügt seien, und zwar

- 1 Auszug aus dem Bädergutachten von 1997
- 3 verschiedene Modernisierungsvarianten für die Sauna mit Investitionskosten von rd. 200.000, 600.000 und 1,5 Mio. Euro des Planteams Ruhr vom Oktober dieses Jahres
- 1 Abschlussstellungnahme des Deutschen Saunabundes aus der gutachterlichen Stellungnahme aus 2009 zum Besucherpotential eines öffentlichen Saunabades in Übach-Palenberg.

Da er davon ausgehe, dass alle diese Unterlagen gelesen haben, wolle er deshalb jetzt nicht alles wiederholen, sondern die Kernaussagen des Berichtes wie folgt zusammenfassen:

1. Der Abschluss eines Betriebsführungsvertrages mit einem privaten Betreiber für den Gesamtkomplex Ü-Bad (Hallenbad, Freibad, Sauna und Fitnesscenter) wäre nur dann ein Option, wenn die Sauna auf Kosten der Stadt mit einem Investvolumen von rd. 600.000 Euro modernisiert bzw. erweitert würde.
2. Dies würde eine Kreditaufnahme durch die Stadt von rd. 600.000 Euro erforderlich machen, was bei der derzeitigen Haushaltslage nicht zulässig wäre, da es sich bei der Sauna um eine freiwillige Aufgabe handele. Damit wäre die Angelegenheit eigentlich schon an dieser Stelle erledigt.
3. Selbst wenn aber eine Kreditaufnahme rechtlich zulässig wäre, ließe sich eine nachhaltige Defizitsenkung und damit eine finanzielle Verbesserung für die Stadt für den Gesamtkomplex des Ü-Bades nicht darstellen.
Zunächst würde sich das Defizit durch das notwendige Invest sogar noch um geschätzte rd. 110.000 Euro jährlich erhöhen (Abschreibung, Darlehnszinsen und höhere Betriebskosten). Denkbare Mehreinnahmen würden diese Ausgabesteigerung nicht auffangen. Von einer nachhaltigen Defizitsenkung könne schon gar nicht die Rede sein.
4. Bei der Bewertung von Chancen und Risiken der Übertragung der Betriebsführung auf einen privaten Betreiber mit der in Aussicht gestellten Erwartung auf Defizitsenkungen, insbesondere bei Eintritt in hohe Investitionskosten, sei zu bedenken, dass solche Verträge meist Sonderkündigungsrechte beinhalte. So seien fristlose Kündigungen

möglich, wenn einem Vertragspartner aus einem wichtigen Grund die Fortsetzung des Vertragsverhältnisses nicht zugemutet werden könne. Dies können durchaus auch wirtschaftliche Gründe sein.

27. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters

Bürgermeister Jungnitsch teilte in Bezug auf die Breitbandversorgung im Stadtteil Boscheln folgendes mit:

„Die Verhandlungen mit NetAachen konnten als eine Art „Weihnachtsgeschenk“ dieses Telekommunikationsunternehmens erfolgreich zum Abschluss gebracht werden. NetAachen verbessert die Breitbandversorgung im kompletten Bereich mit „02404 er-Vorwahl“. Es betrifft somit ca. 2.150 Haushalte. Die Breitbandversorgung soll in diesem Bereich von DSL-Light (durchschnittlich 384 kbit/s) auf 25.000 kbit/s verbessert werden. Die Umsetzung des Projektes wird bis zum IV. Quartal 2011 abgeschlossen sein.

Seitens der Stadt Übach-Palenberg ist **kein Investitionsbeitrag** zu zahlen. Einzige Voraussetzung: Die betroffenen Boschelner Bürgerinnen und Bürger müssen Kunde bei NetAachen sein oder werden. Ausführliche Informationen werden bei der Pressekonferenz am 17.12.2010, um 11:00 Uhr im kleinen Sitzungssaal des hiesigen Rathauses im Beisein von Herrn Schneider (Geschäftsführer NetAachen) bekannt gegeben.“

28. Einwohnerfragestunde

Bürgermeister Jungnitsch erklärte, dass nun von den anwesenden Einwohnern Fragen an die Verwaltung gerichtet werden könnten.

Herr **Mühlensiepen** fragte in Bezug auf die Dichtheitsprüfung, was mit den Prüfungen, die von Sachverständigen vor der Satzungsänderung durchgeführt wurden, sei. Müsse man in diesem Fall noch mal eine Prüfung im öffentlichen Bereich durchführen lassen?

Bürgermeister Jungnitsch antwortete, wenn die Prüfung durch einen zertifizierten Fachbetrieb durchgeführt worden sei, dann nicht.

Herr **Mühlensiepen** fragte nach, ob dies auch für den öffentlichen Bereich gelte.

Bürgermeister Jungnitsch antwortete, wenn dieser bei der Prüfung mit abgedeckt gewesen sei, sei die Angelegenheit damit erledigt.

Herr **Sluypers** fragte, wann die Klangbrücke fertig bzw. begehbar sei.

Bürgermeister Jungnitsch antwortete, dass noch Nachbesserungen erforderlich seien. Er sei jedoch guter Dinge, dass die Brücke im kommenden

Frühjahr begehbar sei.

Anfragen

Anfrage 1 der SPD-Fraktion

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, er habe gehört, die Breitbandversorgung im Stadtteil Boscheln sei nun erledigt. Er würde gerne wissen, was mit den übrigen Stadtteilen sei.

Bürgermeister Jungnitsch antwortete, Boscheln sei zunächst am wichtigsten gewesen, da hier die Versorgung besonders schlecht war. Nichts desto trotz sei ihm bewusst, dass die Breitbandversorgung auch an anderen Stellen noch schlecht sei. Hieran werde noch gearbeitet.

Anfrage 2 der SPD-Fraktion

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte in Bezug auf die Anregung betreffend Stolpersteine habe man im Ausschuss für Kultur und internationale Begegnung über die Suche nach Sponsoren gesprochen. Er würde gerne wissen, wann damit begonnen werde. Die SPD wolle einen Stein sponsern.

Bürgermeister Jungnitsch antwortete, in Bezug auf die Anregung Stolpersteine habe man folgenden Beschluss gefasst:

"Der Ausschuss für Kultur und internationale Begegnungen und der Haupt- und Finanzausschuss begrüßen grundsätzlich die Idee zum Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus in der Stadt Übach-Palenberg.

Aufgrund der momentanen Haushaltssituation kann die Stadt Übach-Palenberg die vorgebrachte Anregung zur Installierung von „Stolpersteinen“ zurzeit nicht weiter verfolgen.

Die Verwaltung wird beauftragt, Informationen und Möglichkeiten zum Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus zusammenzustellen."

Er danke der SPD für die Zusage, einen Stein zu sponsern. Man wolle die Thematik aber auch noch weiter fassen und sich dem Thema ernsthaft stellen. Die Intention solle sein, dass ein solches Regime nie mehr möglich werde.

Anfrage 3 der SPD-Fraktion

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, im August habe man über das Einkaufszentrum Am Wasserturm beschlossen. Er würde gerne wissen, wie der Stand der Dinge sei, insbesondere in Bezug auf die Rückzahlung der Fördermittel.

Bürgermeister Jungnitsch antwortete, dass jüngst die Abnahme von Bodenproben in Bezug auf die Standfestigkeit erfolgt sei.

Es werde versucht, die Fördermittelrückzahlung kostenneutral abzuwickeln.

Hierzu befinde man sich noch in Gesprächen.

Zielsetzung sei der Spatenstich in 2012.

Dezernent **Gatzen** ergänzte, am 22.12.2010 werde mit dem Einzelhandelsgutachter Herrn Dr. Kummer ein wichtiges Gespräch über die Zulässigkeit und die Größenordnung der einzelnen Sortimente stattfinden.

Anfrage 4 der SPD-Fraktion:

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, in Frelenberg sei für einen Tag die Schule geschlossen worden, da die Zufahrt nicht rechtzeitig vom Schnee geräumt werden konnte. Er hätte gerne eine Auskunft über die aktuelle Situation.

Erster Stadtbeigeordneter **Piotrowski** antwortete, dass es in der Tat Beschwerden an verschiedenen Stellen gegeben habe. Unter anderem auch von der Gesamtschule, dass der Schulhof nicht geräumt und somit nicht nutzbar gewesen sei. Man müsse jedoch sehen, dass der Zuweg geräumt und mit Split abgestreut war. Somit habe man die Verkehrssicherung erfüllt. In Frelenberg sei die Situation problematischer, da hier der Hausmeister aufgrund der Wiederbesetzungssperre fehle.

Grundsätzlich gebe es Straßen, die bei der Räumung von Schnee Vorrang haben, so dass man den Forderungen der Schulen, den Hof durch das Baubetriebsamt räumen zu lassen, nicht immer, vor allem nicht zeitgleich, nachkommen könne.

Für Frelenberg sei jedoch vereinbart, dass hier insbesondere für die Zuwegung derzeit der Bauhof einspringe. Auch habe er mit Stadtoberverwaltungsrat Waliczek gesprochen, der seinerseits mit der Kommunalaufsicht im Gespräch ist, ob für den Winterdienst zumindest für zwei Stunden täglich jemand vorübergehend eingestellt werden könne.

Den Schulen sei zuzumuten, die Pausenaufsicht bei diesen extremen Witterungsbedingungen im Gebäude durchzuführen. Man sei bemüht, auch die Schulhöfe zu räumen, aber erst wenn die notwendigen Straßen abgestreut seien und man somit der Verkehrssicherungspflicht nachgekommen sei.

Bürgermeister Jungnitsch ergänzte, dass man vor Ort auch dass notwendige Material haben müsse, sprich Kisten für die Lagerung von Streusalz. Das Baubetriebsamt habe für die GGS Frelenberg, wo eine solche Kiste fehle, in einem schnellen Einsatz eine solche Kiste gefertigt und werde diese morgen liefern.

Ein großes Lob gelte auch dem Förderverein der GGS Palenberg, der kurzerhand beschlossen habe, dass für den Hausmeister auf Kosten des Fördervereins eine Schneefräse besorgt werde.

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, dass er die Situation an der GGS Frelenberg für nicht hinnehmbar halte. Er habe den Bürgermeister diesbezüglich bereits im September angeschrieben, insbesondere auch bezüglich der Hausmeistersituation, und hierzu noch keine Antwort erhalten.

Die Hausmeistersituation müsse seiner Meinung nach auch anders über die Verwaltung geklärt werden.

Bürgermeister Jungnitsch antwortete, man habe bereits eine Übergangslösung für die GGS Frelenberg gefunden durch die Teilung einer Hausmeisterstelle. Ab dem 01.01.2011 werde es weitere Neuerungen geben, auch durch die Umorganisation in der Verwaltung.

Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Stadtverordnete **Appelrath** fragte, ob es eine technische Ausrüstung mit Infortafeln für den Bahnhof geben werde.

Bürgermeister Jungnitsch antwortete, man sei diesbezüglich mit der DB im Gespräch. Er werde den Sachstand noch einmal erfragen.

Bürgermeister Jungnitsch bedankte sich bei allen Mitgliedern des Rates für die geleistete Arbeit, den Fleiß und das Engagement. Sein Dank gelte insbesondere der Zusammenarbeit mit der insgesamt immer zu verspürnden gemeinsamen Zielsetzung im Ringen um die beste Lösung. Er wolle den öffentlichen Teil der letzten Ratssitzung des Jahres mit einem Gedicht von Thomas de Vachroi, das er von Schulleiter Hans Heinrichs zugeschickt bekommen habe, beenden:

"Weihnachtliche Besinnung

Ein Gedicht von Thomas de Vachroi

Nun ist es wieder einmal soweit
Das Jahr geht zu Ende
und es ist Weihnachtszeit.

Wir stehen an der Wende zu einem Neuen Jahr
dass besser werden soll als das Alte war.

Im Streben nach Wohlstand und der Tage Haß
bleibt für besinnliche Stunden kaum noch Platz.
Wir wissen oft nicht, wie es unseren Nachbarn geht,
wie es tatsächlich um sie steht.

Ein Wort von uns könnte hilfreich sein,
damit die Menschen spüren, - sie sind nicht allein
und somit kehret Frieden in die Seelen ein.

Wir brauchen den Frieden, die Freude, das Lachen
Damit wir aus unserem Leben etwas Sinnvolles machen,
wir brauchen das Lieben und das Hoffen,
nur dann sind unsere Seelen offen.

Zu uns selber zu finden,
uns mit dem Unausweichlichen zu verbinden,
das Glück auf unserem Wege zu seh`n,
der uns beschieden ist - zu geh`n.

Nicht nur nehmen, sondern auch geben
und vor allem Zeit haben zum Leben
Weniger ich und ein bisschen mehr wir,
das wünsche ich von Herzen Dir."

Bürgermeister Jungnitsch wünschte ein frohes Weihnachtsfest und einen guten Rutsch ins neue Jahr allen, die er vorher nicht mehr sehen werde.

Er schloss die öffentliche Sitzung um 20.13 Uhr.

Nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit schloss **Bürgermeister Jungnitsch** um 21.39 Uhr die Sitzung.

Er lud die Anwesenden zum anschließenden Umtrunk ein und wünschte allen schon jetzt ein besinnliches Weihnachtsfest und ein gutes und gesundes neues Jahr 2011.

Jungnitsch
Bürgermeister

Schade
Schriftführerin